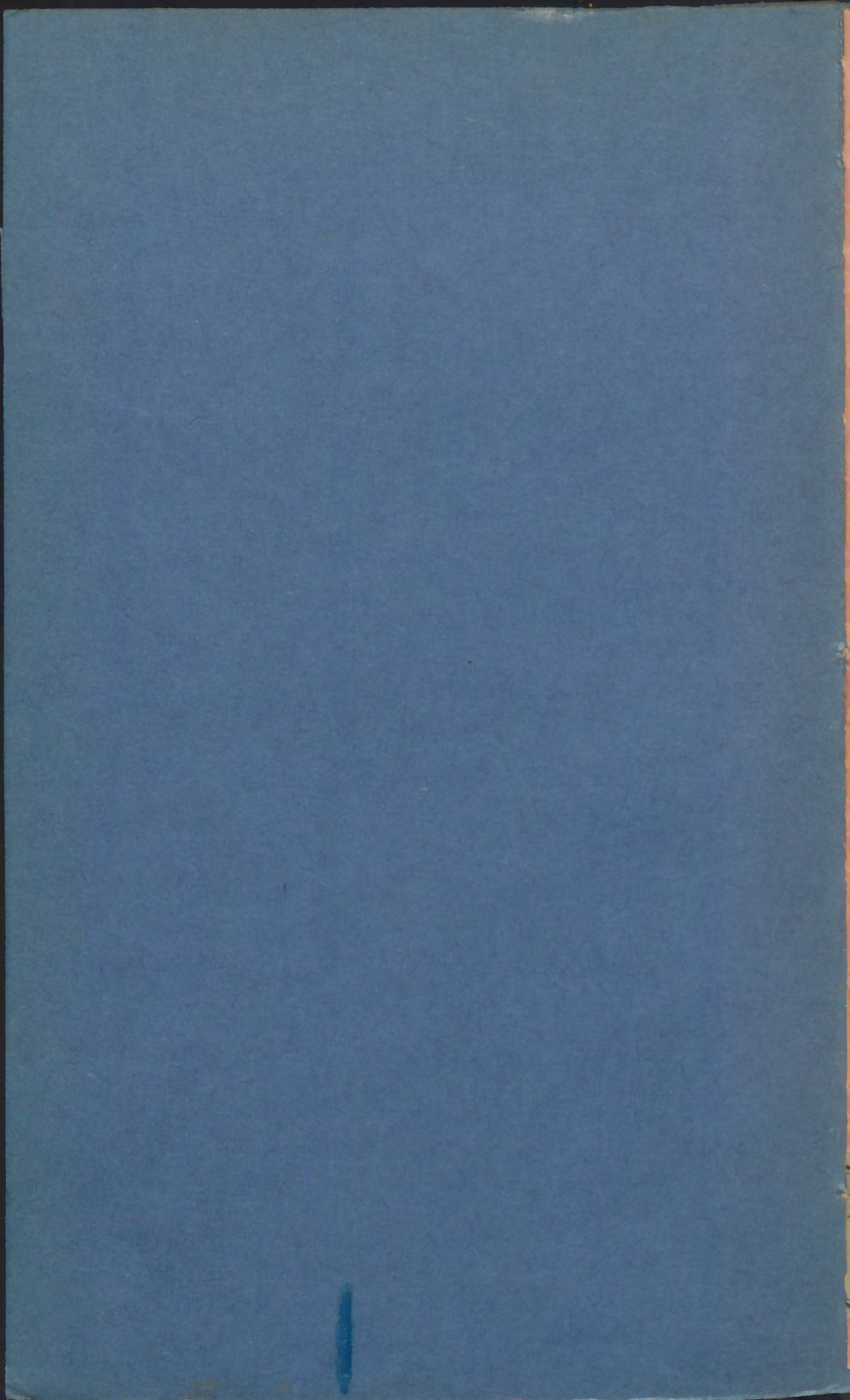


Kossmann A.: Die Arbeitslosigkeit u. ein neuer Vorschlag zu ihrer Bekämpfung.

1920 I

69



1920 I 69

Die Arbeitslosigkeit

und ein neuer

Vorschlag zu ihrer Bekämpfung.

Von

A. Kufmann.

Sonderabdruck aus den Verichten des Freien Deutschen Hochstiftes, Jahrgang 1895, Heft 3.



Frankfurt a. M.

Druck und Verlag von Gebrüder Anauer.

1920

I

69

1920 I 69

Die Arbeitslosigkeit

und ein neuer

Vorschlag zu ihrer Bekämpfung.

Von

A. Kossmann.

Sonderabdruck aus den Berichten des Freien Deutschen Hochstiftes, Jahrgang 1895, Heft 3.

Frankfurt a. M.

Druck und Verlag von Gebrüder Knauer.



Die große Anzahl derjenigen, welche ihr Interesse den sozialen Fragen zuwenden und bei den Aufgaben der Praxis oft Schulter an Schulter arbeiten, spaltet sich in den theoretischen Grundanschauungen in zwei ganz getrennte Lager.

Die Einen, die Sozialisten, wollen die heutige Wirtschaftsordnung und damit auch den heutigen Staat abschaffen. Sie werfen dieser Wirtschaftsordnung, die sich auf dem freien Wettbewerbe aufbaut, vor, daß sie die Menschheit in zwei Klassen geteilt habe, in Auszunutzende und Ausgenutzte, in Lohnherren und Lohnsklaven, und sie behaupten, daß der herrschende Kapitalismus dahin führe diese Kluft immer mehr zu erweitern. Dieser Kapitalismus, verbunden mit der freien Konkurrenz, lastet, ihrer Meinung nach, auf den Völkern und bedrückt sie schlimmer als es je politische Reaktion gethan hat. Denn was nützt die politische Freiheit, wenn die ganze Existenz des wirtschaftlich Schwachen jeden Augenblick vom wirtschaftlich Starken vernichtet werden kann, und wenn die gewonnenen Reichtümer des Starken in unwirtschaftlicher Weise wieder vergeudet werden? Wie viel wirtschaftlicher und vernünftiger nach jeder Richtung wäre es, wenn man von Staatswegen und durch Verstaatlichung der Arbeitsmittel eine Regelung der Produktion im Verhältnisse zur Konsumtion durchführen könnte. Der Sozialismus, welcher an Stelle des Individuums die Gesellschaft auf das Piedestal erhebt, verspricht eine Organisation zu schaffen, welche eine gleichmäßige Verteilung der irdischen Güter und Freuden verbürgt. Diesen Staat herbeizuführen, ist die Lebensaufgabe der Sozialisten; sie sind aber der Ansicht, daß er auch ohne ihr Zutun durch die Macht der Verhältnisse entstehen wird, wenn auch erst in späterer Zeit; beschleunigt wird seine Verwirklichung durch das Aufgefangtwerden des Mittelstandes und durch das unaufhörliche Wachsen des Besitzes in den Händen von Einzelnen, von Korporationen oder in denen des Staates.

Im zweiten Lager aber will man von diesem Sozialstaate absolut nichts wissen. Man wirft ihm vor, daß er, ohne die versprochene Gleichheit den Völkern zu bringen, auch nur bei dem Versuche seine Aufgabe zu lösen, die persönliche Freiheit in einer Weise unterdrücken müsse, daß der Kulturfortschritt gehemmt werde, und das Leben alle seine Reize verliere.

Man ist auch in diesem Lager nicht der Ansicht, daß die glücklichen Besitzenden und die unglücklichen Besitzlosen durch einen tiefen Graben getrennt seien, und auch nicht, daß die ersteren eine schrankenlose Macht besitzen. Man findet vielmehr, daß vielfach ein Ausgleich stattfindet, und ist der Ansicht, daß durch die Natur selbst, durch unser soziales Leben und durch den Staat dafür gesorgt ist, daß auch in unserer heutigen Gesellschaftsordnung die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und man glaubt auch nicht, daß wir auf dem Wege zu jenem Sozialstaate seien, denn die Statistik lehrt, daß, trotz der ungeheuren Vermögensansammlungen, der schon so oft totgesagte Mittelstand kräftig weiter lebt, und daß der allgemeine Wohlstand und die mittlere Konsumtionsfähigkeit in den Kulturländern in unaufhörlichem Wachstum begriffen sind.

So gehen in beiden Lagern die meisten theoretischen Grundanschauungen weit auseinander, und nur darin befindet man sich im Einklang, daß man beiderseits findet, daß das heutige Gesellschaftsleben schlimme Auswüchse zeigt, daß diese Auswüchse um so größer werden, je größer die Bewegungsfreiheit und Machtäußerung des Einzelnen und der Korporationen werden, und daß das mächtigste Organ der menschlichen Gesellschaft, der Staat, hier Wandel schaffen muß.

Aber gerade diese gemeinsame Erkenntnis ist es, welche, unbeschadet der Träume des Einzelnen, die Brücke bildet, und noch viel mehr bilden sollte, zu gemeinsamer sozialpolitischer Tätigkeit. Die Einen, die den Sozialstaat herbeisehnen, suchen einstweilen das Los ihrer Anhänger, der produzierenden Arbeiter, zu verbessern und rufen hierbei den Staat zu Hilfe, und die Andern, welche den Boden des Eigentums und der individuellen Freiheit nicht verlassen wollen, verlangen vom Staate, daß er mit kräftiger Hand das auf diesem Boden wachsende Unkraut ausjäte.

Hier liegt ein gemeinsames großes Arbeitsfeld, und an Einladungen zur Arbeit fehlt es wahrhaftig nicht.

Unter allen Aufgaben aber, die an unsere Thüre pochen, pocht kaum eine lauter als die Aufgabe, sich mit den Schicksalen der Arbeitslosen zu beschäftigen: denn die großen Ummwälzungen auf technischem Gebiete, die mit riesigen Mitteln geführten Kämpfe auf wirtschaftlichem, die Veränderungen in der Zollpolitik der großen Staaten, unterbrechen in immer kürzeren Zwischenräumen die Thätigkeit einer Menge von Menschen und werfen sie auf die Straße. Was soll aber aus all diesen Menschen werden? Wenn sie sich nicht durch frühere Ersparnisse oder durch den Beistand ihrer Freunde oder Verwandten oder der Vereine, denen sie angehören, die nötige Zeit über Wasser halten können, sollen sie dann untergehen in dem Strome der Arbeitslosen, die wie ein Nomadenvolk in ewiger Wanderschaft begriffen sind, ein Schrecken des flachen Landes, oder die sich in die großen Städte ergießen, um sie in schlimmster Weise zu infizieren, — beide Kategorien, die Arbeitskraft der Behörden und die Milbthätigkeit der Einwohner mißbrauchend und sie von einer rationellen Wirksamkeit ablenkend?

So dringend aber diese Fragen gerade jetzt auf eine Antwort drängen, so sind sie doch nicht neu, sondern sind schon — obgleich damals lange nicht von der heutigen Bedeutung — in ganz ähnlicher Weise vor einem halben Jahrtausend in England gestellt worden. Und die praktischen Engländer haben sich nicht darauf beschränkt, von Fall zu Fall einzugreifen, sondern sie haben ihr ganzes Armen- und Unterstützungswesen einheitlich geordnet und, obgleich man ursprünglich nur von polizeilichen Gesichtspunkten ausging, es großen, theoretischen Grundanschauungen untergeordnet, die noch heute mustergiltig sind.

Schon vor der Zeit der Königin Elisabeth, vor allem aber in den von ihr 1601 erlassenen Gesetzen sind als maßgebende Gesichtspunkte aufgestellt, daß es Pflicht des Staates ist, nicht nur für die armen Kinder und für die Arbeitsunfähigen zu sorgen, sondern auch Maßregeln zu treffen, daß die arbeitsfähigen Armen zur Arbeit gesetzt und auf diese Weise vor Mangel geschützt werden. Aber nur derjenige, der arbeitet, und seit Ende des

17. Jahrhunderts hat er dieses im eigens hierfür errichteten Workhouse zu thun, wird unterstützt: der Arbeitsscheue wird bestraft.

Mit der gesetzlichen Festlegung dieser Grundsätze, also seit 1601, ist die englische Gesetzgebung auf diesem Gebiete beinahe eine ununterbrochene gewesen. An die Stelle der Kirchspiele, denen ursprünglich alle Armenaufgaben unterstellt waren, sind allmählich immer größer werdende Armenverbände getreten. Die Zentralisierung und die Dezentralisierung der Armenpflege hat sich immer weiter entwickelt, immer neue Aufgaben hat sie in ihren Kreis gezogen, der Unterstützungswohnsitz ist geschaffen, und die Gesetzgebung über ihn ist immer von neuem revidiert worden. Im Jahre 1864 hat man in jedem Armenverband Häuser errichtet, in welchen jeder Obdachlose Raum für eine Nacht finden sollte. Oft hat man sich auch von den Grundsätzen der Armengesetzgebung von 1601 entfernt, aber nur um immer wieder zu ihnen zurückzukehren. Am Anfang dieses Jahrhunderts z. B. hatten humane Rücksichten eine Zeit lang dahin geführt, die Arbeitsfähigen aus dem Arbeitshause zu entfernen, ihnen auf dem privaten Arbeitsmarkt, wenn auch zu ganz geringfügigem Lohne, Arbeit zu verschaffen, und diesen Lohn aus öffentlichen Mitteln zu ergänzen. Das Resultat war ein überaus trauriges. Das Armenbudget schnellte in die Höhe, die Selbständigkeit der arbeitenden Klasse wurde untergraben, und die Löhne im freien Wettbewerbe gerieten ins Sinken.

Man sah bald ein, daß demjenigen, der an die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln appelliert, nie auch nur so viel gewährt werden dürfe, als der Minimalgewinn beträgt, den sich auch der schlecht gestellte selbständige Arbeiter erringt: es soll die Selbständigkeit stets das Ziel des Arbeitenden verbleiben.

Die englische Armengesetzgebung wird von den Sozialpolitikern aller Staaten und hauptsächlich wegen der von ihr getroffenen Organisation als Muster hingestellt, und niemand wird ihre großen Leistungen verkennen: aber gerade in der Frage, die uns hier interessiert, also in der Behandlung des arbeitslosen Arbeitsfähigen hat sie trotz ihrer gesunden Prinzipien und trotz Allem, was geleistet worden ist, nur sehr geringe Erfolge aufzuweisen, gar nicht zu vergleichen mit denjenigen der freiwilligen

Gewerkvereine. Den besten Beweis hierfür bringt die Zusammensetzung der Insassen eines englischen Workhouse, also eines der Hauptorgane der Armenpflege. Nach den Veröffentlichungen des Amtsrichters Dr. Ashroft dürfte auf 100 Insassen nur ein einziger kommen, von welchem anzunehmen ist, daß er sich wieder frisch in den Lebenskampf hineinwagen werde: die übrigen 99 bestehen aus Greisen, Kindern, Kranken und moralisch Verkommenen, so daß das Workhouse immer mehr zum Armenhaus und zur Strafanstalt wird. Es läßt sich das leicht erklären. Man hat eben, um dem Appellieren an die öffentlichen Mittel jeden Anreiz zu nehmen, ihre Austeilung in eine solche Form gehüllt, daß jeder Arbeitsfähige vor dem Eintritt in das Workhouse zurückschreckt. Um es mit einem Worte zu sagen, das Leben in diesem erinnert beinahe in allem an das Gefängnisleben, und die zu verrichtende Arbeit bestand wenigstens bis noch vor kurzem hauptsächlich in der entwürdigenden Arbeit des Bergzupfens.

Und wie die ehrliebenden Arbeitslustigen dem Workhouse fern blieben, so thaten es auch die vagabundierenden Arbeitslustigen, welche hier zur strengen Arbeit erzogen werden sollten, und als man, um diese zu gewinnen, Verpflegungsstationen errichtete, in denen jeder Reisende einmaliges Nachtquartier und einmalige Mahlzeit erhielt, da hatte man den gewünschten Besuch nur so lange, als die Gaben ohne Entgelt geboten wurden. Als man aber drei- bis vierstündige Arbeit dagegen verlangte, da kehrten nur noch die an Arbeit Gewöhnten ein, die Vagabunden bettelten sich wie früher den Tag durch, um ihre Nächte in mehr oder weniger verrufenen Bettlerherbergen zuzubringen.

Man sieht, die englische Armenpflege hat bei der Behandlung der gesunden Arbeitsfähigen deswegen Schiffbruch gelitten, weil sie nicht imstande war in ihren Arbeitshäusern eine Arbeitsgelegenheit zu gewähren, die nicht anrüchig war, und weil sie auch nicht imstande war die große Masse derjenigen, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit zu zwingen.

In das entgegengesetzte Extrem verfiel man 1848 in Paris, als nach Anerkennung des Rechtes auf Arbeit die Republik die Nationalwerkstätten eröffnete und sich verpflichtete, einem jeden

ehrliebe Arbeit und für deren Leistung zwei Franken per Tag zu geben. Die Konsequenzen dieses Schrittes sind von welthistorischer Bedeutung geworden. Man hat ins Blaue hinein geschneidert, geschustert, Erdarbeiten ausgeführt und sie wieder zerstört, man hat eine Unmasse von Arbeitern nach Paris gelockt und ein Proletariat groß gezogen, welches der Urheber einer blutigen Revolution wurde und wohl am meisten zum baldigen Sturze der Republik beigetragen hat. Das Recht auf Arbeit wurde natürlich schleunigst wieder abgeschafft, und die Nationalwerkstätten wurden ebenso schleunig wieder geschlossen.

In Deutschland hatte man schon infolge der politischen Zerrissenheit diese Fragen weniger von einem höheren sozialen Gesichtspunkte in Angriff nehmen können, und erst seit der Konsolidierung unserer politischen Verhältnisse, speziell seit dem Gesetze vom 6. Juli 1870 über den Unterstützungswohnsitz hat man, soweit es sich um staatliche Maßnahmen, aber auch soweit es sich um eine feste Basis für die kommunalen und privaten Unterstützungen handelte, einen einigermaßen sicheren Boden für weitere Arbeit gefunden. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, sich anlehnend an die bisherigen preussischen Bestimmungen, war die Folge und zwar die notwendige Folge des Gesetzes über die Freizügigkeit von 1867. Es schuf die kleinen Ortsarmenverbände und die großen Landarmenverbände, legte ihnen die Verpflichtung auf, diejenigen zu ernähren, die nicht imstande waren, es selbst zu thun, und ordnete zwischen den Verbänden die Frage der Kostenverteilung. Man wird wohl kaum zu weit gehen mit der Behauptung, daß dieses Gesetz über den Unterstützungswohnsitz mit seinen Wirkungen nur sehr langsam hinter dem Gesetze über die Freizügigkeit und dessen Wirkungen einher gehinkt und jetzt weit zurückgeblieben ist. Neben den Schwierigkeiten, welche die Sonderstellung von Bayern und Elsaß-Lothringen bereitet, und den Grausamkeiten, welche eine Folge dieser Sonderstellungen sind, liegen seine Nachteile hauptsächlich in dem ungeheueren Aufwande von Zeit und Arbeit für die Regelung der gegenseitigen Ansprüche der Verbände und in den von fiskalischen Gründen diktierten Präventivmaßregeln dieser Verbände, Dinge, welche die Wirksamkeit des

Gesetzes in konkreten Fällen häufig ganz untergraben, und zwar in einer Weise, daß die öffentliche Moral darunter Schiffbruch leidet. Man hat nicht ganz mit Unrecht gespottet: „Das Heimatsrecht des deutschen Arbeiters ist gleichbedeutend mit dem Hinauswerfungsrechte in den Händen seines Bürgermeisters.“

An Vorschlägen zur Reform des Gesetzes hat es nicht gefehlt, und auch unser jetziger Herr Oberbürgermeister hat sich hierüber ausgelassen: aber alle Vorschläge, welche die bisherige Basis beibehielten, sind so tastender Natur und so voll von Bedenken und die Schwierigkeiten so sehr betonend, daß man unwillkürlich zur Ansicht kommt, daß man das Beil an die Wurzel legen muß. Wie aber dem auch sein mag: daß das Gesetz für den durch unverschuldete Arbeitslosigkeit ins Elend Geratenen beinahe ganz wirkungslos ist, geht aus der Thatfache hervor, daß dieser Klasse der Bevölkerung, laut der Armenstatistik des Deutschen Reiches von 1885, an öffentlichen Unterstützungen während des ganzen Jahres nur ungesähr 4 Millionen Mark zu gute gekommen sind.

Und dem steht gegenüber, daß in England schon einzelne Gewerkvereine beinahe die gleiche Summe an ihre stellenlosen Verbandsangehörigen jährlich gezahlt haben, trotzdem durchschnittlich nur 5% ihrer Mitglieder stellenlos sind. Dem steht gegenüber, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaften dieser durchschnittliche Prozentsatz etwa 15% betragen dürfte, und daß der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den nicht organisierten Arbeitern ein noch weit größerer ist. Und dem steht schließlich gegenüber, daß der Betrag der Almosen, die, man kann sagen, ins Blaue hinein gegeben werden, jährlich auf einige Hundert Millionen Mark taxiert wird.

Und daß mit dem Wachstum der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands auch die Bedeutung der Frage der Arbeitslosen wachsen muß und die größten Gefahren in ihrem Schoße birgt, darüber herrscht wohl kein Zweifel mehr. Für manche ist dieses sogar der springende Punkt in der ganzen sozialen Frage. So schreibt Herkner:

„Die ganze Reichsversicherung verliert für denjenigen ihre Wirksamkeit, der infolge von Arbeitslosigkeit außer stande ist, Beiträge zu entrichten. Ohne die Sicherung im Falle der Arbeits-

losigkeit entbehrt die Arbeiterversicherung ihres Schlußsteins, der allein dem Baue eine unbedingte Festigkeit verleihen kann. Man kann nicht erwarten, daß unsre Arbeiter mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung aufrichtigen Frieden schließen, solange sie ihnen keine ausreichende Schutzwehr gegen den Abgrund der Arbeitslosigkeit errichtet."

"Erst dann, wenn die Gewißheit besteht, daß die öffentliche Armenpflege ihre Pflichten durchaus erfüllt, wird es möglich sein, die private, durch ihre Planlosigkeit oft mehr Schaden als Nutzen stiftende, Wohlthätigkeit der öffentlichen Armenpflege anzugliedern und alle dem Unterstützungswesen zufließenden persönlichen und materiellen Hilfskräfte einheitlich wirken zu lassen. Erst dann, wenn die Überzeugung gewonnen werden kann, daß die öffentliche Armenverwaltung überall auf der Höhe ihres Berufes steht, werden sich die Meisten entschließen können, den Hilfe suchenden Armen von ihrer Thüre weg an die organisierte Armenpflege zu weisen."

Wie aber helfen? Zwei Wege bieten sich. Der eine liegt uns nach der Entwicklung unserer sozialen Gesetzgebung und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sehr nahe: die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit, und in der That wird sie nicht nur von politischen Parteien, zuletzt auf dem neulichen Zentrums-Parteitage in Köln, gefordert, sondern Kommunen — die Schweiz befindet sich im Vorsprung —, Großbetriebe und Arbeiterverbände haben begonnen sie einzuführen. Läßt sie sich aber auf das Reich übertragen? Aus den Kommunen, aus den Großbetrieben und aus den Arbeiterverbänden können und werden die Unwürdigen ausgestoßen. Wohin aber soll das Deutsche Reich die Unwürdigen austoßen? In den Kommunen, den Großbetrieben und den Arbeiterverbänden existiert ein Unterbau für diese Versicherung, das ist die nach kurzer Unterbrechung wieder erfolgende Zuweisung von Arbeit, so daß die Versicherung nur eine subsidiäre Rolle spielt. Hier ist das Kriterium gegeben, ob jemand freiwillig oder gezwungen nicht arbeitet. Wenn aber das Deutsche Reich die allgemeine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit, — diese würde aber, nebenbei bemerkt, mit allen ihren Schäden bestehen bleiben —, einführen wollte, so wäre ein Fiasco schwer zu vermeiden, denn das Deutsche

Reich verfügt über kein derartiges Kriterium, weil der Unterbau fehlt. Gerade aber diesen Unterbau gilt es zu schaffen, und dieses ist der zweite Weg. Um ihn zu beschreiten, muß man zurückgehen zu dem gesunden Kerngedanken der englischen Armengesetzgebung und weiter arbeiten auf den Vorschlägen und Einrichtungen derjenigen, welche die Arbeit selbst als Bedingung der Unterstützung ansehen.

Hier mögen einige Zitate folgen.

Nach einer Broschüre von Lammers über Armenbeschäftigung sagt 1882 Dr. Julius Post: „Die Durchbringung der Armenpflege mit dem Beschäftigungsgedanken bedeutet geradezu einen Kulturfortschritt der Gesellschaft.“

Ashcroft schreibt bei einer Besprechung des englischen Arbeitshauses:

„Die Behandlung der Bettler, Müßiggänger und in Armut Verarmten erscheint somit als das schwächste und am meisten der Verbesserung bedürftige Gebiet des englischen Armenwesens. Bei Verbesserungen sollte man vor allem im Auge haben, durch strenge, aber durchführbare und wirklich ausgeführte Strafvorschriften den gewerbsmäßigen Müßiggänger zu strafen, und weiter darauf Rücksicht nehmen, durch die Art der Arbeit und die Gewöhnung an sie auf die Unterstützten erzieherisch einzuwirken. Endlich sollte man den Leuten so viel wie möglich den Weg ebnen, damit sie nach ihrer Entlassung zu einer regelmäßigen Beschäftigung kommen können. Wenn man anstatt der nutzlosen und den Sinn für Arbeit geradezu tötenden Beschäftigung mit Wergzupfen eine nützliche, Gewinn abwerfende Arbeit einführt, und den Leuten je nach dem Resultate der Arbeit eine, wenn auch noch so kleine Vergütung bei der Entlassung auszahlt, so würde schon hiermit ein großer Fortschritt erreicht sein.“

Georg Adler gelangt in seiner akademischen Antrittsrede zu dem Schluß, daß nur die auf systematische soziale Reformarbeit hinielenden Pläne etwas Positives in der Arbeitslosenfrage zu leisten vermögen: er stellt als Grundsatz auf, daß dem Arbeitslosen nur über eine gewisse Spanne Zeit hinweggeholfen werden solle, damit er bei passender Gelegenheit seinem früheren Beruf nachzugehen vermag, und er verlangt, daß die Arbeitslosen damit

beschäftigt werden, gewisse Bedarfsartikel für sich selbst herzustellen, wie Kleider, Schuhe u. dgl. m.

Adolph Grumprecht verlangt, daß das Heer der Arbeitslosen dazu verwandt werde, um Heidekulturen vorzunehmen und Wälder zu schaffen.

Dr. Brückner plädiert aufs eindringlichste dafür, daß die Stadtverwaltungen von kaufmännischen Gesichtspunkten absehen und durch die Art der Verteilung ihrer Arbeiten den Arbeitslosen dauernd zu Hilfe kommen.

Schon vor über einem halben Jahrhunderte sagte der englische Nationalökonom Owen: „Man muß die Arbeitslosen, die durch ihren Wettbewerb den Lohn und damit die Konsumkraft der Arbeiter so tief herabdrücken, von staatswegen beschäftigen. Die Arbeitslosen sind in Kolonien von etwa 1500 Personen zu vereinigen, sie haben durch ihre eigene Arbeit ihre Bedürfnisse zu decken. Überschüsse über den eigenen Bedarf hinaus sind zur Rückzahlung und Verzinsung der aufgewendeten Kapitalien zu verwenden.“ — Und Herkner schreibt: „Warum soll eine Stadt z. B. arbeitslose Schuhmacher nicht Schuhe herstellen lassen, mit denen die von der Stadt zu unterstützenden Armen ausgestattet werden können; warum nicht für denselben Zweck Brot backen, Kleider und Wäsche nähen, Tische, Stühle und Betten anfertigen?“

Eine Reihe von Vereinen und Stadtverwaltungen knüpfen ihre Unterstützungen an die Bedingung der Arbeitsleistung.

Die berühmte Wilhelmsdorfer Kolonie des Pastors von Bodelschwingh und alle die andern Arbeiterkolonien, die nach ihrem Muster gegründet worden sind, machten die landwirtschaftliche Arbeit zur festen Basis der ganzen Unterstützungsthätigkeit, und in den Berliner Wärmehallen hatte man damit begonnen, einen Teil der Besucher in der Weise zu beschäftigen, daß der arbeitslose Schuhmacher das Schuhwerk des arbeitslosen Schneiders in Ordnung brachte, und der arbeitslose Schneider die Kleidung des Schuhmachers.

Der Vorschlag, den ich machen möchte, knüpft an diese Bestrebungen aufs engste an. Er geht dahin, in jeder Provinz eine Reihe von großen Werkstätten zu errichten, die man Unterstützungs-

werkstätten nennen könnte, an dem einen Orte eine für Schuhmacher, an dem andern eine für Schneider u. s. w. Die Produkte der hier geleisteten Arbeit kämen allen denjenigen zu gute, welche in derartigen Werkstätten arbeiten. Es würde sich also in erster Linie darum handeln, den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit zu geben, dann einen Austausch der Produkte der Arbeitswerkstätten herbeizuführen und den Arbeiter mit den ausgetauschten Produkten zu bezahlen. Die Arbeitswerkstätten selbst könnten von beschäftigungslosen Maurern errichtet, und jeder Werkstätte könnte eine Bäckerei beigelegt werden. Barzahlungen würden nicht ganz zu vermeiden sein, sie dürften aber bei dieser Einrichtung nur eine ganz geringe Rolle spielen. Als Basis der Arbeitswerthbemessung könnte der ortsübliche Tagelohn dienen: ich würde aber vorschlagen, ihn nur zur Hälfte in Anrechnung zu bringen, um dadurch den ihm gegenüberstehenden Wert der Rohstoffe zu erhöhen. Diese Rohstoffe müßten freilich durch öffentliche Mittel, vereinigt mit privaten, aufgebracht werden; dieser Ausgabe aber würde andererseits manche Entlastung gegenüberstehen.

Als Ergänzung dieser Unterstützungswerkstätten müßten in der Art der heutigen Arbeiterkolonien größere, ländliche Unterstützungskolonien in jeder Provinz errichtet werden.

Der ganze Plan ginge also darauf hinaus, die gesamte bisherige Unterstützungsthätigkeit, zum mindesten soweit es sich um Arbeitsfähige handelt, umzuändern und ihr äußerlich und innerlich neue Normen zu geben: äußerlich, indem alle Unterstützungen sich in den Unterstützungs-Werkstätten und in den Unterstützungs-Kolonien konzentrierten, und indem man die schon bestehenden oder erst geplanten Verpflegungsstationen für die Passanten organisch mit ihnen verknüpfte; innerlich aber, indem die von allen Seiten aus praktischen und ethischen Gründen aufgestellte Forderung verwirklicht würde, daß jede Unterstützung an eine Arbeitsleistung geknüpft werden müsse. Diese Arbeit aber, so geringfügig auch ihr Ertrag sein müßte, wäre keine schimpfliche, und ebensowenig eine unwirtschaftliche oder nutzlose: sie käme dem Arbeitenden selbst zum großen Theile zu gute, und der weitere Theil könnte verwandt werden zum Besten der Arbeitsunfähigen,

was wiederum große Entlastungen der bisherigen Armenpflege zur Folge hätte.

Von den Bedenken, die sich diesem Plane entgegenstellen, muß eines sofort beseitigt werden. Es handelt sich hier um ein neutrales Gebiet, welches nicht als Stützpunkt für Lohnkämpfe benutzt werden dürfte: Streikende dürften deshalb während einer bestimmten Zeitdauer hier keine Aufnahme finden. Wichtiger sind aber die Bedenken, die sich anknüpfen an das Funktionieren dieses Unterstützungsapparates und an die Frage, ob die hergestellten Produkte nicht schwer auf den Arbeitsmarkt lasten werden. Man wird sich freilich sagen, daß die außerordentlich niedrige Bemessung des Lohnes wohl den gewünschten Zweck erreichen und den Arbeiter nur in dringenden Fällen der Not zum Betreten der Unterstützungswerkstätten veranlassen würde: aber man wird sich fragen, ob nicht bei dem vorgeschlagenen Verhältnisse zwischen Rohstoff und Lohn sich eine Unmasse von Fabrikaten ansammeln müßte. Nehmen wir z. B. an, daß ein Schneider in einer solchen Werkstätte sich ein bestimmtes Kleidungsstück erarbeiten will. Der Stoff soll 6 Mark kosten und sein in Anrechnung gebrachter Lohn beträgt 80 Pfennig pro Tag, von denen er 50 Pfennig für seinen Lebensunterhalt braucht, so daß nur 30 Pfennig pro Tag für den genannten Zweck disponibel wären. Er müßte also, da $20 \text{ mal } 30 \text{ Pfennig} = 6 \text{ Mark}$ ist, 20 Tage arbeiten, um in den Besitz des Kleidungsstückes zu gelangen; in der gleichen Zeit hat er aber vielleicht zehn derartige Kleidungsstücke hergestellt; was wird also aus den übrigen?

Darauf wäre dreierlei zu erwidern:

1. Der Leiter der Schneider = Unterstützungswerkstätte hätte es in der Hand, sobald er erführe, daß in den andern gleichartigen Werkstätten auch großer Produktionsüberschuß herrscht, diesem Überschuße entgegenzuarbeiten. Er könnte es thun durch Verkürzung der Arbeitszeit und schließlich dadurch, daß er zeitweise die Anzahl der aufzunehmenden Schneider beschränkte und die Zurückgewiesenen veranlaßte, sich bei andern Betrieben, bzw. bei den ländlichen Unterstützungskolonien zu melden;

2. aber darf nicht vergessen werden, daß die Schneider

sowie die anderen Handwerker nicht nur für sich und ihre Berufs-
genossen, sondern auch für die Notleidenden in allen übrigen Be-
rufen zu arbeiten hätten und

3. wäre es durchaus in der Ordnung, wenn größere Waren-
niederlagen entstünden; sie wären vom höchsten Nutzen in den Zeiten
eines allgemeinen Notstandes, sie wären aber auch notwendig im
Hinblick auf die Eventualität, daß die Kategorie der betreffenden
Berufsarbeiter, also beispielsweise der Schneider, infolge günstiger
Verhältnisse auf dem freien Arbeitsmarkt, ein zu schwaches Kon-
tingent zu den Unterstützungswerkstätten stellte, so daß, ohne größere
Niederlagen, die Ansprüche der übrigen notleidenden Handwerker
nicht befriedigt werden könnten. Schließlich sollen aber diese
Niederlagen auch dazu dienen, die Arbeitsunfähigen, die bisher
von direkten Almosen gelebt haben, zu versorgen.

Man müßte in der That ängstlich bemüht sein dafür zu
sorgen, daß die in diesen Werkstätten hergestellten Waren nicht
auf den Warenmarkt gelangen und hier die Preise drücken, wo-
möglich auch nicht indirekt. Als Prinzip soll aufgestellt werden,
daß die bisher Arbeitslosen in der für sie zu schaffenden und für
sie organisierten Arbeit sich gegenseitig unterstützen und sich
gegenseitig, wenn man so sagen darf, bereichern: es sollen also
nur bisherige wirtschaftliche Blößen bedeckt werden. Dieses
Prinzip läßt sich leider nicht auf die vorgeschlagenen länd-
lichen Unterstützungskolonien anwenden: hier wird man vorzugsweise
Arbeiten im Auge halten müssen, welche im allgemeinen Landes-
interesse sind und für welche sich bis jetzt keine Unternehmer ge-
funden haben, wie Ameliorationen, Heidekulturen, Schaffung neuer
Wälder u. s. w. Daß daneben in Land und Stadt auch die
Arbeiten für Straßenreinigungen u. s. w. u. s. w. von Stellenlosen
ausgeführt werden könnten, ist selbstverständlich.

Was die Qualität der geleisteten Arbeit betrifft, so würde
sie voraussichtlich hinter der in den bisherigen Betrieben erreichten
zurückbleiben, auch schon deswegen, weil es im Interesse der Sache
liegt, daß jeder Arbeiter ohne gesetzliche Kündigungsfrist diesen
Werkstätten wieder den Rücken kehren kann; doch würde es vor-
aussichtlich nötig sein, daß, je nach der Art des Betriebes, eine

ein- oder mehrtägige Kündigung vorgeschrieben wird, bei deren Nichteinhaltung der Lohn zurückgehalten würde.

Nun wird man vielleicht sagen: das ist alles recht gut und schön, sobald Schuhmacher und Schneider inbetracht kommen, also Handwerker, welche Arbeiten verfertigen, die jeder Mensch braucht. Wie sieht es aber mit den andern Berufen aus, mit denen, welche nur Luxusgegenstände oder teure Gegenstände herstellen? Kann z. B. der stellenlose Uhrmacher in diesen Unterstützungswerkstätten in seinem eignen Berufe beschäftigt werden? Nein, das kann er nicht! Aber wenn auch nicht der Uhrmacher, so hoffe ich doch, daß eine ganze Reihe von Berufen ihre Unterstützungswerkstätten haben könnten, und vielleicht kann selbst die Kunst des Uhrmachers in der einen oder der andern zur Geltung kommen. Geht dieses nicht, so könnte man ihn bei den kommunalen Hilfsarbeiten verwenden, oder er könnte sich bei den ländlichen Unterstützungskolonien melden. Man darf auch nicht vergessen, daß der vorgeschlagene Apparat, um zu funktionieren, vieler Hände bedarf, auch schreibender, und daß manche von diesen Händen Stellenlosen gehören dürfen. Jedenfalls darf meiner Ansicht nach aus dem Umstande, daß ein Beruf sich mehr als der andre für diesen Plan eignet, kein Schluß auf seine Ausführbarkeit oder Unausführbarkeit gezogen werden.

Nach einer Richtung würde er jedenfalls von weittragender Bedeutung sein — inbezug auf das Bettler- und Vagabundentum. Die Summen, welche jährlich von mildthätiger Hand diesem geopfert werden, sind, wenn man einigen erschienenen Taxationen trauen darf, wie schon angedeutet, geradezu erschreckend hohe, und, was das traurigste ist, diese Gaben wirken nicht das Elend bekämpfend, sondern das Elend großziehend. Glücklicherweise gehen viele Städte und Vereine dem Übel energisch zu Leibe, mit am kräftigsten die Bodenschwinghischen Kolonien, und beinahe überall hat man die ermutigende Erfahrung gemacht, daß die geschaffenen Organisationen nicht Geld kosten, sondern Geld ersparen und eine starke Abnahme des Bettlertums in der betreffenden Gegend zur Folge hatten.

So erfreulich aber auch diese Einzelerfolge sind, sie verlieren an Wert, wenn man bedenkt, daß Bettler und Vagabunden sich um so mehr anderen Gegenden zuwenden, und daß man den Ver-



schwendungen durch Almosengeben erst dann ein Ziel setzen kann, wenn man dem Wohlthätigen die Ueberzeugung beibringt, daß jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet: erst dann wird der Wohlthäter sicher sein, daß seine Gabe, der Zentralstelle gegeben, gut, bei dem trotz Arbeitsgelegenheit Bettelnden aber schlecht angebracht ist.

Allein die Organisation und die Leitung dieser Werkstätten und Kolonien, und der Weg, den man zu ihrer Kreierung und zur Beschaffung der notwendigen Geldmittel einschlagen müßte?

Hierüber für heute nur einige Bemerkungen!

Ich bin der Ansicht, daß es unumgänglich notwendig wäre, daß sich bei jeder Unterstützungswerkstätte und Unterstützungskolonie, wie schon gesagt, eine Bäckerei befände, und daß es sehr wünschenswert wäre, wenn hier auch nach anderer Richtung für die Beföstigung — in bescheidenen Grenzen wohl auch für die Wohnung — gesorgt würde. Ich würde vorschlagen, die Unterstützungswerkstätten möglichst nicht in die großen Städte zu legen; die Verwaltung könnte Sache jeder Provinz oder jedes Landarmen-Verbandes und die Leitung der Verwaltung gleichzeitig staatlicher und privater Natur sein. Ebenso müßten es die Mittel sein, und es ist vielleicht nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete nicht zu gewagt anzunehmen, daß die Gelder, die bisher in Deutschland zu derartigen Unterstützungen teils praktisch ausgegeben, teils nutzlos oder schädigend verschwendet werden, vielleicht schon genügen würden, um den Plan durchzuführen. Sollten aber wesentlich höhere Mittel erforderlich sein, so dürfte man, meiner Ansicht nach, im Interesse des großen und guten Zieles vor ihrer Bewilligung nicht zurückschrecken.

Man vergesse nicht, daß auch schon heute die große Anzahl von Arbeitslosen — Arbeitsuchenden sowohl als Arbeitsheuen — von der Gesamtheit in der einen oder der andern Form unterhalten wird, und daß man die Verpflichtung hierzu anerkennt. Über die allernotwendigste Lebensfristung ist diese Unterstützung an die Unbeschäftigten selten hinausgegangen. Gelänge es aber durch die Organisierung der Arbeitslosen nicht nur diese selbst durch gegenseitige Arbeit gewissermaßen zu bereichern, sondern auch im Interesse des Staates wünschenswerte Arbeiten auszuführen, so würde daneben noch ein ethischer und wirtschaftlicher Nutzen von ganz gewaltiger Bedeutung erzielt werden.

Freilich müßte man hierbei wahrscheinlich das jetzige Unterstützungswohnsitzgesetz, unter welchem das Bettler- und Vagabundentum geradezu fortwuchern muß, abschaffen. An Stelle dieses Gesetzes könnten neue Normen treten, durch welche in jeder Provinz Unterstützungskolonien und Unterstützungswerkstätten ins Leben gerufen würden, die dann mit denjenigen der andern Provinzen in engster Verbindung stehen müßten. Von diesen Stellen aus würde Stadt und Land mit Arbeitskräften (für Straßenreinigungen zc.) und mit Waren (für die Arbeitsunfähigen) versorgt werden. Hier würde der naturgemäße Sitz des Arbeitsnachweises sein, hier könnte, falls nicht genügende Arbeitsgelegenheit geboten werden kann, eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit angegliedert werden. Die heutigen juristischen Bestimmungen betreffs Arbeitszwang, Bettlei u. s. w. würden keine Änderung erfahren, sie würden aber durchgeführt werden können, was jetzt nur in der unvollkommensten Weise geschieht.

Merkwürdig, daß Autoritäten auf dem Gebiete des Armenwesens als ernstliches, diesem Plane entgegenstehendes Hindernis, weder die Geldfrage noch die etwaige Produktionsansammlung, wohl aber, um es kurz auszudrücken, die „gesetzgeberische“ Seite der Sache betrachten. Bei dem Geiste, der in unserer Beamtenwelt, in unserer Gesetzgebung und in unserer Verwaltung herrsche, sei es kaum denkbar, daß das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz einfach abgeschafft und durch ein anderes ersetzt werde. An ganz neuen Materien wage man sich freilich mit großem Eifer heran, aber das, was einmal bestehe, könne nur durch langsame Umbildung eine Veränderung erfahren. Es sei eher möglich, daß unser ganzes wirtschaftliches Gebäude umgestoßen und an seiner Stelle ein neues errichtet werde, als daß in dem vorhandenen Gebäude einige Bausteine durch ganz andersartige ersetzt würden.

Es ist mir unmöglich die Berechtigung dieser Anschauung anzuerkennen, da auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens derartige an einem bestimmten Tage sich vollziehende, vollständige Veränderungen, die freilich von langer Hand vorbereitet sein müssen, gar nicht zu vermeiden sind. Dieser Einwand kann mich nicht abhalten den Vorschlag, den ich in die folgenden Sätze zusammenfasse, der Kritik zu unterbreiten:

Es ist aus Gründen der Humanität, der Volks-
erziehung, des wirtschaftlichen Wohlstandes und der
wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu wünschen, daß
Unterstützungswerkstätten und Unterstützungskolo-
nien für Arbeitslose errichtet werden, und daß diese
Werkstätten und Kolonien zum Mittelpunkt staat-
licher, kommunaler und privater Unterstützungs-
thätigkeit, soweit es sich dabei um Arbeitsfähige
handelt, gemacht werden.

Jeder Arbeitsfähige, welcher eine Unterstützung
beansprucht, muß diesen Werkstätten oder Kolonien
zur Arbeitsleistung überwiesen werden. Der in ihnen
zu erringende Verdienst muß zwar hinreichend zur
Lebensführung sein, darf aber immer nur so knapp
bemessen werden, daß das baldige Verlassen der-
selben das Ziel und der dringende Wunsch des hier
Beschäftigten sein muß.

Der Lohn ist, wenigstens zum größten Teile, in
den nötigen Lebensmitteln und in den in den Werk-
stätten hergestellten Produkten zu entrichten. Der
Überschuß der Produkte soll, soweit er nicht im In-
teresse der arbeitenden Klasse zurückgehalten wird,
den Arbeitsunfähigen zu gute kommen.

Es sollen möglichst vielerlei Fachwerkstätten er-
richtet werden, um, soweit es geht, den Arbeiter in
seinem bisherigen Berufe zu beschäftigen.

Durch die Arbeiterkolonien sollen, wenn andere
Arbeiten fehlen, größere Ameliorationen ausgeführt
werden, welche im Interesse des Landes liegen.

Sollten diese Ideen sich verwirklichen lassen, so würde eine An-
zahl von deutschen Händen, die, heute zur Unthätigkeit verdammt,
wie ein totes Kapital ruhen, sich in Bewegung setzen, und unter
ihrer Arbeit würde unfruchtbares Land fruchtbar werden. Eine
Armee von Arbeitscheuen würde zur Arbeit zurückgeführt, und
eine weitere Armee von Arbeitsuchenden, die jetzt kaum etwas
anderes als das nackte Leben ihr eigen nennen, würden in den

Stand gesetzt werden sich in ehrlicher Arbeit mit Kleidungsstücken und manchem andern zu versehen. Daneben würde durch die wirtschaftliche Hebung so großer Volksschichten der Absatz an Rohmaterialien, Halb- und Ganzfabrikaten in einer Weise wachsen, daß selbst ein indirekter Druck auf den Arbeitsmarkt durch die neu hergestellten Arbeitsprodukte leicht verschmerzt werden könnte.

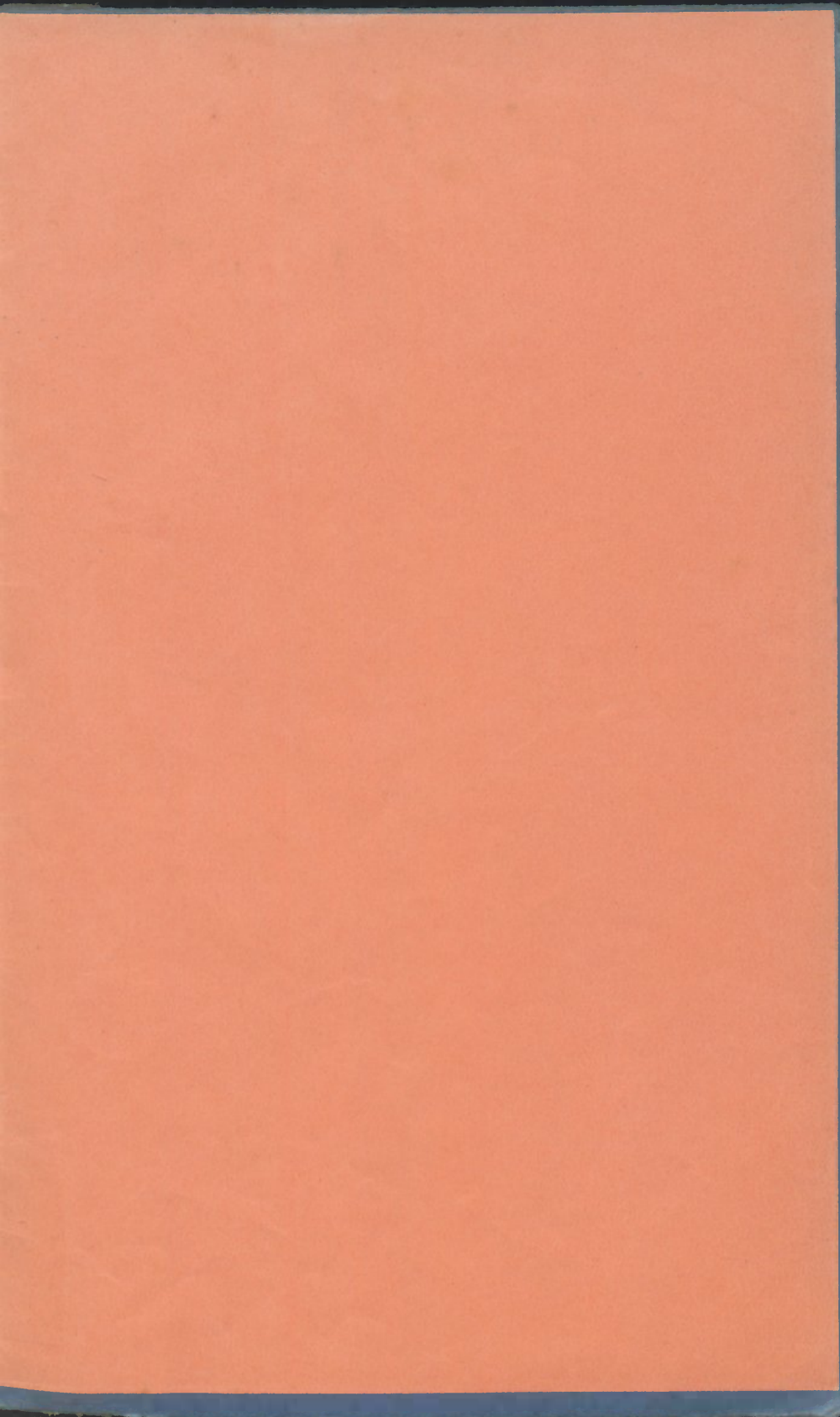
Neben den Schwierigkeiten der Praxis, die sich der Verwirklichung dieser Ideen entgegenstellen, kommen auch die theoretischen Erwägungen inbetracht. Mancher wird denken: wenn man die Arbeit der Stellenlosen nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit organisieren will, wie lange wird es da noch dauern, bis man die gesamte Produktion von staatswegen in die Hand nehmen wird, und je nach seinem Standpunkte würde dem einen dieser Gedanke Freude, dem andern Unbehagen bereiten. Aber genau mit der gleichen Berechtigung oder Nichtberechtigung könnte sich der eingefleischteste Individualist darüber freuen, daß man auf diesem Wege einen der schlimmsten und berechtigtesten Vorwürfe, die man der heutigen Wirtschaftsordnung macht, aus der Welt zu schaffen sucht, ohne das Spiel der gesunden Kräfte im Staate auch nur im mindesten zu stören.

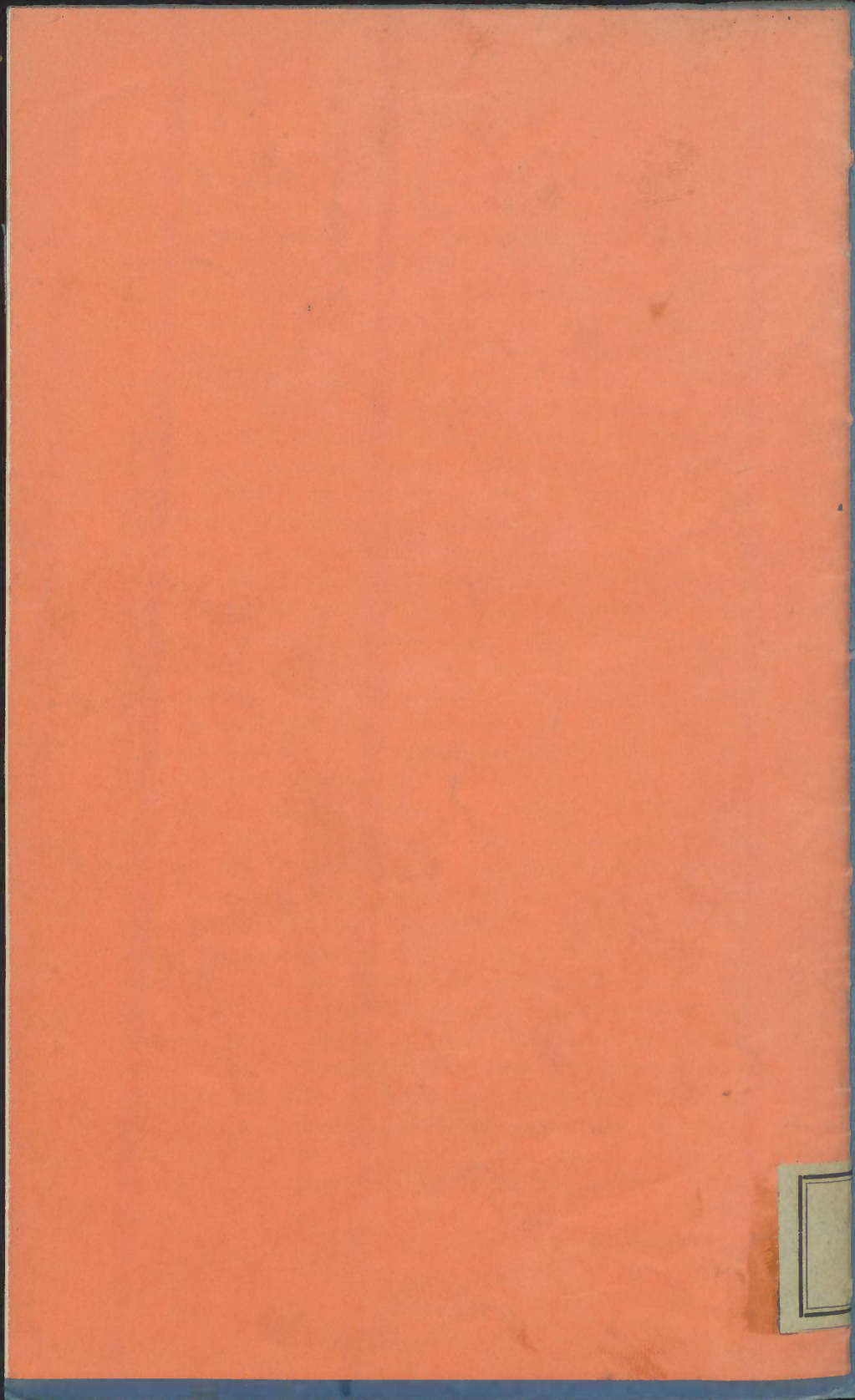
In Wirklichkeit aber handelt es sich um ein ganz neutrales Gebiet, auf welchem sich die verschiedenartigsten Grundanschauungen zur gemeinsamen Thätigkeit vereinigen können.

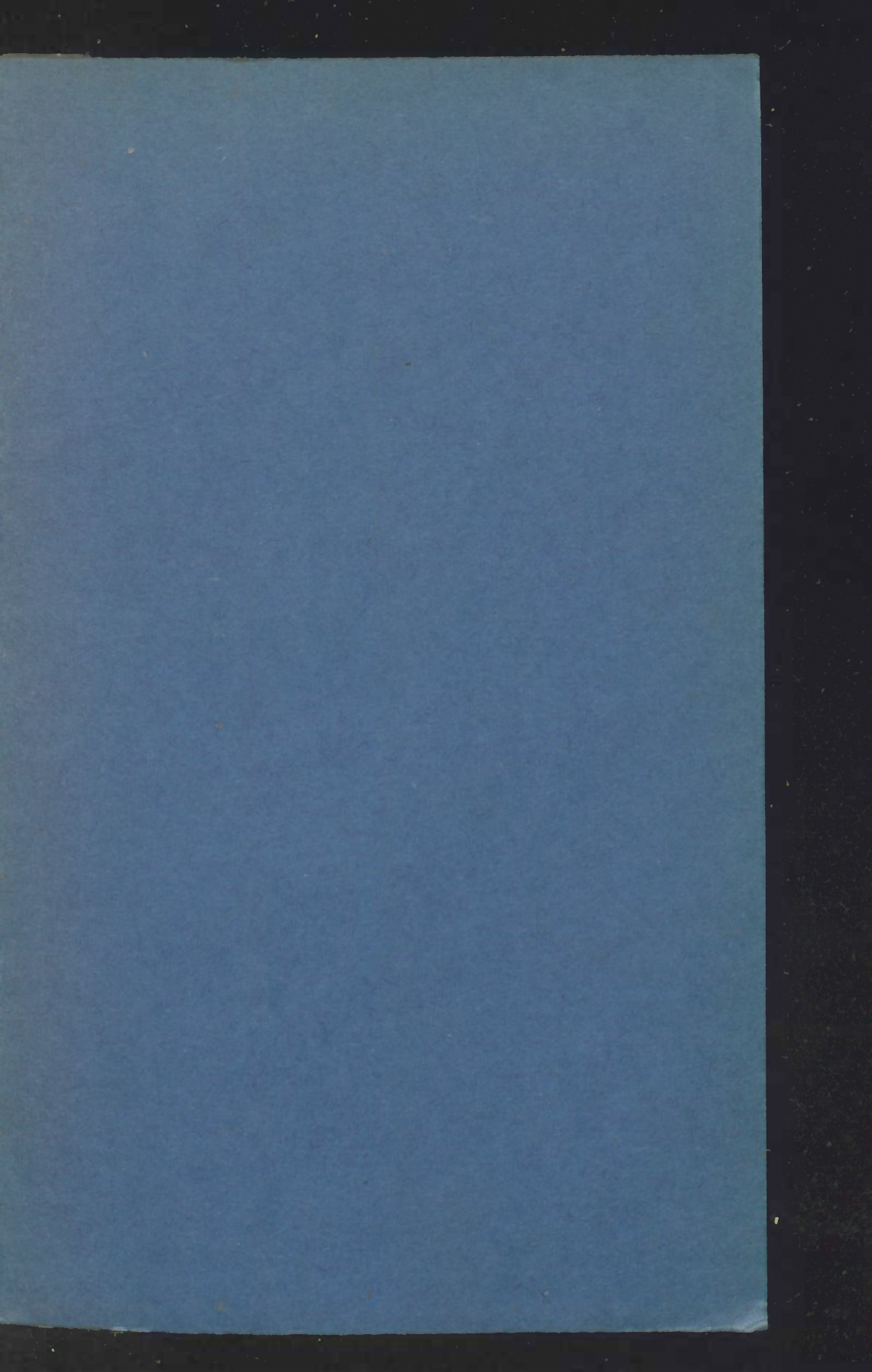
Das Plateau, auf welchem das Ringen der wirtschaftlichen Kräfte sich abspielt, ist mit einem Graben umgeben, in welchen diejenigen, die gestoßen werden oder zu schwach auf den Beinen sind, hinabstürzen, und es ist sehr schwer sich aus diesem Graben wieder heraus zu ringen. Die menschliche Gesellschaft, die ihre Brüder nicht umkommen lassen darf, hat den im Graben Befindlichen Speise und Trank und Kleidungsstücke nachgeworfen: der eine hat viel, der andere wenig erhaschen können, aber alle schreien sie nach mehr und bleiben meistens bis an ihr Ende unthätig im Graben liegen. Es gilt die Gaben richtig zu verteilen, dem Hinabgestoßenen auch in der Tiefe Arbeit zu verschaffen und ihn moralisch und physisch auszurüsten — zu neuem Lebenskampfe oben auf dem Plateau.



XIV 7e









206\$07961677